

## I N H A L T

Nr.		Seite
1. 12. II. 80 KZR 8/79	Soweit ein Vertrag nach § 34 GWB schriftlich abzufassen ist, genügt es, daß die Vertragserklärungen der Parteien schriftlich niedergelegt werden. Anforderungen an den Inhalt des Vertrages stellt die Vorschrift nicht . . . . .	1
2. 27. II. 80 V ZB 15/79	Ein Grundstückseigentümer, der dem Grundbuchamt gegenüber für sich und zugleich als Vertreter des Hypothekengläubigers die Löschung der Hypothek beantragt und bewilligt, unterliegt den Beschränkungen des § 181 BGB . . . . .	7
3. 28. II. 80 III ZR 103/78	Der Ausschluß der Staatshaftung nach § 7 BHaftG entfällt, wenn der geschädigte Ausländer nachträglich (hier: durch Einbürgerung) Deutscher wird. Ob das unbegrenzt auch dann gilt, wenn der Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erst längere Zeit nach der Amtspflichtverletzung erwirbt, bleibt offen . . . . .	11
4. 6. III. 80 X ZR 49/78	Substantiierung eines infolge Patentverletzung entgangenen Gewinns; „Schadensliquidation nach Lizenzanalogie“ . . . . .	16
5. 13. III. 80 III ZR 145/78	Auf Verlangen des Mandanten muß ein Rechtsanwalt die voraussichtliche Höhe der gesetzlichen Vergütung mitteilen. Art und Umfang der Aufklärung bestimmen sich nach den Umständen des einzelnen Falles, in erster Linie nach der erkennbaren Interessenlage des Mandanten . . . . .	27
6. 20. III. 80 III ZR 151/79	1. a) § 53 Abs. 3 KWG steht einer gemäß Art. 4 Abs. 1 Buchst. b Nr. 2 IntSchG getroffenen Bestimmung des Ortes, an dem das schiedsgerichtliche Verfahren durchgeführt werden soll, nicht entgegen. b) Zum Anwendungsbereich einer in einem Vertrag enthaltenen Schiedsklausel, nach der „jede etwaige Streitigkeit aus Anlaß dieses Vertrages“ durch ein Schiedsgericht entschieden werden soll. 2. Zur Frage, in welchem Umfang das Gericht ausländisches Recht von Amts wegen ermitteln muß . . . . .	32
7. 21. III. 80 V ZR 10/79	Vorkaufsrecht des Ausgebers einer Heimstätte bei Verkauf der Heimstätte zu einem überhöhten Preis; Berücksichtigung von Bodenwertsteigerungen des Heimstättengrundstücks . . . . .	45

*Brenns*

HEFT 1

ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESGERICHTSHOFES  
HERAUSGEGEBEN VON DEN MITGLIEDERN DES  
BUNDESGERICHTSHOFES UND DER BUNDESANWALTSCHAFT

---

ENTSCHEIDUNGEN  
DES BUNDESGERICHTSHOFES  
IN ZIVILSACHEN

77. BAND

EBENE  
00000

IN

*2-103*

BEI DER

~~12A~~



1980

CARL HEYMANNS VERLAG KG  
KÖLN · BERLIN

Nr.		Seite
8.	24. III. 80 II ZR 188/79	Haftung aus Scheckeinlösungszusage; Dauer der Bindung . . . . . 50
9.	24. III. 80 II ZR 191/79	Zur Frage, ob nach Auflösung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft Beiträge eines Partners zur ratenweisen Abzahlung einer gemeinsamen Kreditschuld auszugleichen sind . . . . . 55
10.	27. III. 80 VII ZR 214/79	a) Kommt der Auftragnehmer mit der Zahlung des Kostenvorschusses zur Mängelbeseitigung (§ 13 Nr. 5 Abs. 2 VOB/B) in Verzug, so kann der Auftraggeber Verzugszinsen gemäß § 288 Abs. 1 BGB verlangen. b) Der Verzug mit der Kostenvorschußzahlung tritt nicht (schon) mit dem Ablauf der zur Mängelbeseitigung gesetzten Frist ein. Es bedarf vielmehr der Mahnung zur Zahlung des Kostenvorschusses (§ 284 BGB) . . . . . 60
11.	10. IV. 80 III ZR 47/79	Eine Partei kann einen Schiedsvertrag aus wichtigem Grund auch dann kündigen, wenn sie schon bei seinem Abschluß außerstande war, den für die Durchführung eines später von ihr eingeleiteten Schiedsverfahrens erforderlichen Vorschuß aufzubringen, sie aber erwarten konnte, aus der Durchführung des Hauptvertrages Einnahmen zu erzielen, und bei Vertragsschluß noch ungewiß war, ob es überhaupt zu einem Streit und zur Forderung eines Gebührenvorschusses durch das Schiedsgericht kommen werde . . . . . 65
12.	18. IV. 80 RiZ(R) 1/80	Die dienstliche Äußerung eines Richters im Ablehnungsverfahren gehört zum engeren Bereich richterlicher Tätigkeit . . . . . 70
13.	22. IV. 80 VI ZR 121/78	Auch der Chefarzt einer organisatorisch nicht selbständigen Klinik ist, wenn er im medizinischen Bereich weisungsfrei ist, hinsichtlich der Haftung für von ihm begangene Behandlungsfehler als verfassungsmäßig berufener Vertreter der das Krankenhaus tragenden Körperschaft zu betrachten . . . . . 74
14.	23. IV. 80 VIII ZR 80/79	Eine in Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkäufers enthaltene Bestimmung, nach der ihn Änderungen des Umsatzsteuersatzes zur entsprechenden Preisanpassung berechtigen, sind insoweit unwirksam, als sie Verträge mit einem Nichtkaufmann betreffen, in denen eine Lieferfrist von nicht mehr als vier Monaten vereinbart ist . . . . . 79

Die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze sind von den Herausgebern erarbeitet oder redigiert und daher urheber- und verlagsrechtlich geschützt. Jeder Nachdruck bedarf der Einwilligung des Verlages. Dieser Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken oder ähnlichen Einrichtungen.